



*Die österreichische Innenministerin  
Johanna Mikl-Leitner präsentiert die Essenz  
ihrer Asylpolitik:*

SCHLEICHTS  
EICH!

# Österreich schiebt weiter

Seit die Zahl der Flüchtlinge nach Europa steigt, hat sich auch in Österreich einiges geändert: Das Bundesheer fährt flüchtende Menschen gratis zur deutschen Grenze und Freiwillige helfen bei der Notversorgung. Im Asylwesen aber hat es keine Besserungen gegeben und das, was als Versuch verkauft wird, politisch mit der Situation umzugehen, bringt höchstens nichts - am allerwenigsten für die Menschen auf der Flucht. Ein Bericht über die komplexe Situation in Österreich. Von Nikolai Schreiter

**V**iele der Menschen, die über Ungarn nach Österreich kamen und jetzt über Slowenien kommen, wollen hier nicht bleiben. Die meisten wollen weiter, viele nach Deutschland, einige auch in andere Länder. Wie viele wirklich österreichischen Boden betreten, ist ungesichert. Wie *FM4.orf.at* schreibt, werden nach Auskunft des Innenministeriums Refugees, die in Österreich keinen Asylantrag stellen, „abhängig von den behördlichen Kapazitäten und nach Maßgabe der Verhältnisse“ registriert. Von den 276.428 Menschen, die zwischen 5. September und 14. Oktober in Österreich erfasst wurden, haben nur 10.553 einen Asylantrag gestellt. Knappe vier Prozent.

Die Menschen, die einen Asylantrag stellen, haben Anspruch auf Grundversorgung durch den Staat: In Quartieren mit Vollverpflegung bekommt der Quartiersgeber pauschal 19 Euro pro Tag. Bei Selbstverpflegung bekommen die Asylbewerber und Asylbewerberinnen 150 Euro pro Monat, Krankenversicherung und dazu jeweils 40 Euro monatlich Taschengeld. Normalerweise wird, wer in Österreich einen Asylantrag stellt, in einer der beiden Erstaufnahmestellen untergebracht: EAST Ost in Traiskirchen in der Nähe von Wien, oder EAST West in Thalham in der Nähe des Attasees. Normalerweise, denn insbesondere Traiskirchen ist seit Monaten in den Negativschlagzeilen. Seit Anfang August wurde dort immer wieder ein Aufnahmestopp verhängt. In der Einrichtung, die für etwa 1800 Personen ausgelegt ist, waren über den Sommer zeitweise über 4000 Asylwerber und Asylwerberinnen untergebracht.

## Obdachlos statt grundversorgt

Die Zustände in Traiskirchen sind schon unter Normalbedingungen menschenfeindlich: Es herrschen rigide Lagerregeln, es fehlt an Betreuung und man hört immer wieder Berichte über rassistisches Verhalten von Bediensteten. Das sind, neben den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA), vor allem Wachleute und einige wenige Beschäftigte der Rechts- und Sozialberatungen der Diakonie. Außerdem arbeitet dort der Verein Menschenrechte Österreich (VMÖ), eine vom Innenministerium finanzierte NGO, die für einen großen Teil der Asylsuchenden die ihnen zustehende Rechtsberatung und -vertretung durchführt. Häufig aber macht der VMÖ in erster Linie „Rückkehrberatung“ und lässt vielfach Rechtsmittel ungenutzt.

Im Sommer spitzte sich die Lage zu: Viele der in Traiskirchen Untergebrachten mussten tage- und wochenlang im Freien nächtigen. Essen und Hygieneartikel wurden knapp. Anfangs wurden nicht einmal Zelte aufgebaut und es gab nur gemeinsame Duschen für Männer und Frauen, die keine Vorhänge hatten. Amnesty International hat die Einrichtung Anfang August besucht und berichtete von „unzureichender medizinischer und sozialer Versorgung, grober, auch bei größter Ressourcenknappheit vermeidbarer Ignoranz und Gedankenlosigkeit im Umgang mit den Flüchtlingen, untragbarer Massenobdachlosigkeit von 1.500 Menschen“ und einer besonders prekären Situation für allein geflüchtete Kinder und Jugendliche. Den Ärzten ohne Grenzen wurde zunächst, wie auch der Presse, der Zutritt verweigert. Journalisten

und Journalistinnen dürfen bis heute nur in Begleitung des Sicherheitsdienstes ins Lager. Als Geflüchtete Handyphotos an die Presse gaben, war der Aufschrei groß: Solche Zustände seien Österreichs unwürdig.

Die EAST in Traiskirchen ist mittlerweile aufgrund der Aufnahmestopps wieder normal belegt. Normalerweise werden die Leute, nachdem sie einige Zeit in einer der beiden Erstaufnahmestellen untergebracht waren, in Unterkünfte der Bundesländer verteilt. Die meisten Länder aber haben schon lange zu wenige Plätze zur Verfügung gestellt und mit der gestiegenen Anzahl von Menschen, die einen Anspruch auf Unterbringung haben – jenen vier Prozent – hat sich das Problem verschärft. Der österreichische Nationalrat hat Anfang Oktober ein sogenanntes Durchgriffsrecht beschlossen, das dem Bund erlaubt, auch gegen den Willen der Länder und Gemeinden Unterkünfte für Asylwerber und Asylwerberinnen zu eröffnen. Trotzdem wird seit Wochen wiederholt nach der Asylantragsstellung ein Zettel ausgehändigt, auf dem steht, dass der Antrag bearbeitet werde, die Asylsuchenden aber keine Unterkunft bekommen könnten. Sie werden also de facto in die Obdachlosigkeit entlassen, müssen sich dann aber möglichst schnell mit einer Adresse beim BFA melden. Zeitweise wurde auch berichtet, dass die Polizei in Wien sich geweigert habe, überhaupt Asylanträge entgegen zu nehmen.

### Wir für Flüchtlinge, wir für Österreich

Viele der obdachlosen Flüchtlinge, die ein Recht darauf haben, vom Staat untergebracht zu werden, schlafen jetzt in den Notquartieren, die Wohlfahrtsverbände, Freiwillige und das Bundesheer für die Durchreisenden – also die 96 Prozent, die keinen Asylantrag stellen – aufgebaut haben und unterhalten. Das Engagement der Freiwilligen hat am Wiener Westbahnhof angefangen. Schnell engagierten sich dann auch in Nickelsdorf an der Grenze zu Ungarn und später an anderen Orten und vielen Bahnhöfen Freiwillige. Überall dort haben, zweifelsohne in guter Absicht, Privatleute die notwendigsten Dinge gekauft und verteilt. Mittlerweile ist das Bundesheer im Einsatz, die großen Wohlfahrtsverbände und das Rote Kreuz organisieren tatsächlich nach Kräften, doch langsam beginnt die Spenden- und Hilfsbereitschaft zu sinken. Die Beschwerden werden lauter. Nicht nur darüber, dass der Staat sich an den Kosten wenig beteiligt, sondern auch darüber, dass es jetzt langsam mal reicht mit den Geflüchteten. Caritas, Diakonie, Arbeitersamariterbund und andere stellen neues

Personal ein und gehen dafür in Vorleistung, ohne zu wissen, ob der Staat ihnen etwas zurückzahlt. Im Endeffekt verrichtet die Arbeit nach wie vor die berühmte Zivilgesellschaft, weil der Staat sich weitgehend raushält. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, dessen Österreichische Volkspartei (ÖVP) gerade auf dem absteigenden Ast ist, hat kürzlich stolz verkündet, es sei „uns geglückt, die Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft anzuregen und die zu mobilisieren“.

Wie die Lage aussähe, wenn sich die Zivilgesellschaft nicht hätte mobilisieren lassen, möchte man sich lieber nicht vorstellen. Vielleicht hätte es Tote gegeben. Viele der Menschen tragen dazu bei, das zu verhindern. Sie stehen täglich an der Essensausgabe und organisieren ganze Camps, wie die Gruppe *#trainofhope* am Wiener Hauptbahnhof. Es werden auch Solidaritätsaktionen und Spendenkonvois in die ungarischen, kroatischen und slowenischen Orte, wo tausende Menschen unversorgt sind, auf die Beine gestellt – lauter Dinge, die dringend gebraucht werden. Viele sehen aber ob der Euphorie, bei etwas Großem dabei zu sein, nicht, was da passiert und was sie – notwendigerweise – durch ihr Engagement abfangen: Staatsversagen. Die Unterstützung der Geflüchteten durch Freiwillige ist die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben in Reinform. Dass man sich, „sein Wien“ oder „sein Österreich“ dafür feiert, und nicht dem Staat auf die Füße steigt, gefällt den eigenen Job zu machen, dass man nicht zumindest den Rücktritt der Innenministerin herbeiführt oder fordert, dass dies nicht einmal die Opposition tut, ist die Affirmation dieser Privatisierung und der österreichischen Gemeinschaft der Anpackenden.

### Flüchtlinge gucken und sich selbst zujubeln

Als das Anpacken losging, sah das am Wiener Westbahnhof so aus: Ein Zug mit Geflüchteten kommt an, die Helfer und Helferinnen, zahlenmäßig den Flüchtlingen überlegen, halten ihnen ihre Smartphone-Kameras ins Gesicht. Flüchtlinge gucken und den Moment festhalten, in dem jemand in Not die Wasserflasche in die Hand nimmt, die ich, die *wir*, in unserer Güte gekauft haben. Gut gemacht, ja, wirklich. Eine staatliche Aufgabe übernommen und sich dafür gefeiert. „Das soll uns einmal wer nachmachen! ÖBB, Polizei, Österreicher zeigen Herz“ schrieb dazu die Boulevardzeitung *heute*, und die Spendenplattform des ORF heißt „Helfen wie wir“. Vor allem anfangs half man gern, denn die Ausländer und Ausländerinnen bleiben ja auch nicht hier. Sie fahren, zu 96 Prozent, weiter nach Deutschland.

Und weil ohne Massenveranstaltungen kein ordentliches Wirgefühel entstehen will, demonstrierten im August 20.000 für „Mensch sein in Österreich“ und Anfang Oktober 60.000 „Für eine menschliche Asylpolitik“ – Demos, für die es gute Gründe gab und gibt. Die zweite Demo mündete in einem „Voices for Refugees“-Konzert am Wiener Heldenplatz, bei dem 150.000 Menschen Zucchero, Soap and Skin, den Toten Hosen und sich selbst zugejubelt haben. Refugees kamen nicht zu Wort, dafür gab es ein Smartphone-Lichtermeer und Liveübertragung im Privatfernsehen. Tatsächlich war die Veranstaltung eindrucksvoll. Der Heldenplatz voller Menschenmassen, das gibt's nicht so oft.

### Generalverdacht der Schlepperei

Österreich ist das Land, in dem die FPÖ in Umfragen bei über 30 Prozent, die beiden anderen bisher großen Parteien ÖVP und SPÖ bei guten 20 Prozent liegen. Österreich ist auch das Land, wo Rechtsstaat momentan heißt, mit Anzeigen wegen Schlepperei um sich zu werfen – auf Grundlage eines Paragraphen, dessen ideologischem Gehalt und Unsinnigkeit *Hinterland* eine ganze Ausgabe und die Münchener Kammerspiele mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat kürzlich eine Konferenz gewidmet haben. In Traiskirchen wird bei jedem Asylantrag eine Anzeige wegen Schlepperei gegen unbekannt gestellt. Anfang September war das Gefängnis in Eisenstadt, der Hauptstadt des Burgenlandes, überfüllt wegen Menschen, die dort wegen des Vorwurfs der Schlepperei in Untersuchungshaft saßen. Eine Aktivistin, die der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei einem Besuch an der Grenze in Nickelsdorf mitteilte, was sie von ihrer Anwesenheit hält, wurde von einem der Mitarbeiter Mikl-Leitners geschubst und wegen Schlepperei angezeigt. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es in naher Zukunft noch mehr Anzeigen wegen Schlepperei geben. Es ist davon auszugehen, dass es auch die Personen treffen wird, die in mehreren großen und kleinen Konvois Menschen aus Ungarn nach Österreich geholt haben und damit jene Menschen, ohne deren Engagement es wahrscheinlich in den letzten Monaten noch mehr Tote gegeben hätte.

### Wir müssen an einer Festung bauen

Außenpolitisch will der österreichische Jungaußenminister Sebastian Kurz unisono mit Merkel Assad in den Kampf gegen den IS einbinden. Damit ignoriert er die Tatsache, dass der Terror, den das Assad-Regime gegen die Zivilbevölkerung ausübt, für viel mehr Menschen aus Syrien der primäre Fluchtgrund ist als der Islamische Staat. Eine Umfrage der NGO *Adopt a Revolution* unter 900 syrischen Flüchtlingen hat das kürzlich bestätigt. Die gesamte österreichische Regierung, bis hinauf zum Bundespräsidenten Heinz Fischer, hofiert außerdem das Iranische Regime – nicht nur einer der ersten Feinde Israels, sondern auch einer der wichtigsten Unterstützer des Assad-Regimes und anderer Terrorgruppen in der Region. Durch das Atomabkommen mit dem Iran wird dieses Regime viel mehr Geld haben, um seine regionale Vormachtstellung auszubauen, die Region zu destabilisieren, Assad zu stützen und so unter anderem noch viel mehr Menschen in die Flucht zwingen. Bundespräsident Fischer war inklusive einer hochrangigen Delegation von Wirtschaftsvertretern, dem Außenminister und dem Vizekanzler im September im Iran – als erstes europäisches Staatsoberhaupt seit 2004.

Auch in Sachen Asyl schaut sich Österreich vieles von Deutschland ab. Der Plan der „Asyl-Hot-Spots“ an den europäischen Außengrenzen kann, ganz abgesehen von den Konsequenzen für hunderttausende Menschen und das Recht auf Asyl, gar nicht funktionieren. Er findet aber auch in der Alpenrepublik Anklang. Gleiches gilt für „Pufferzonen“ in den Krisengebieten. Dass die Pläne für „Asyl auf Zeit“ als große Lösung präsentiert werden, zeigt vor dem Hintergrund, dass es die Möglichkeit zu Asyl auf Zeit schon gibt, wie planlos die Regierung ist. Das Gesetz, das im Dezember rückwirkend für 15. November beschlossen werden soll, soll regeln, dass nach spätestens drei Jahren jedes Asylverfahren neu aufgerollt werden muss. Was das für die ohnehin schon überlastete Bürokratie, die Verfahrensdauer und für die Flüchtlinge bedeutet, kann man sich ungefähr vorstellen. Dagegen erscheint der allgegenwärtige Plan, den Kampf gegen Schlepperbanden zu verschärfen, fast sinnvoll. Um den politischen Wahnsinn auf die Spitze zu treiben, nahm Innenministerin Johanna Mikl-Leitner an der Grenze zu Slowenien in der Ortschaft Spielfeld kürzlich Anleihen bei der flüchtlingsolidarischen Bewegung: „Wir müssen an einer Festung Europa bauen.“<

Nikolai Schreiter  
*ist in Wien  
fassunglos.*